

Fahrradfahrer fordern einen Radweg zwischen Bernau und Ahrensfelde

Barnim - Fahrradfahrer fordern einen Radweg zwischen Bernau und Ahrensfelde



Bild: rbb

Die Landstraße zwischen Ahrensfelde und Bernau gilt seit Jahren als Schwerpunkt für Unfälle. Davon sind oftmals auch Fahrradfahrer betroffen. Anwohner fordern nun mit einer Rad-Demo den Bau eines sicheren Weges.

Der Umstieg vom Auto auf das Fahrrad wird im Sinne der CO₂-Reduktion angepriesen. In der Praxis gestaltet es sich aber oftmals schwieriger. Seit 20 Jahren warten die Einwohner des Bernauer Ortsteils Birkenhöhe und dem Ahrensfelder Ortsteil Blumberg im Barnim auf einen Fahrradweg entlang der Landstraße 31.

Der Radweg wäre eine wichtige Verbindung von drei Ortsteilen in die Bernauer Innenstadt, so die Anwohnerinnen und Anwohner. Auch Schulkinder könnten damit dann den Weg selbständig mit dem Fahrrad zurücklegen. Bisher ist daran aber nicht zu denken, sagt die Ortsvorsteherin von Birkenhöhe, Heidi Scheidt. "Für den, der da mit dem Fahrrad fährt ist jedes Mal eine Mutprobe und Eltern können das nicht verantworten."

Land müsste Grundstücksbesitzer enteignen

In den letzten vier Jahren gab es auf der Strecke insgesamt 71 Unfälle, auch Fahrradfahrer waren

darunter. Deswegen brauche es laut Heidi Scheidt einen sicheren Weg. Das Land Brandenburg sieht zwar ein, dass der Fahrradweg wichtig wäre, doch praktisch umgesetzt wurde noch nichts. Die Erklärung lautete der Ortsvorsteherin zufolge: Es gebe keine personellen Kapazitäten für die Planung des Radweges. "Ich habe mal im Internet recherchiert, ob es eine Stellenausschreibung für solche Stellen gibt, habe aber nichts gefunden. Wenn man heißt, es stehen kein Personal zur Verfügung, muss man sich diese Leute doch suchen oder sogar ausbilden. Da bin ich stocksauer."

Die beiden Kommunen Bernau und Ahrensfelde wollten die Sache sogar schon selbst in die Hand nehmen. Doch sie mussten schnell wieder aufgeben. Der Grund sei, dass einige Landeigentümer nicht bereit wären ihr Land zu verkaufen. Um einen Fahrradweg bauen zu können, müssten jeweils drei Meter der Grundstücke enteignet werden. Enteignen kann aber nur das Land Brandenburg. "Es geht ja nicht, dass man 20 Meter baut und dann fünf Meter freilässt. Dafür braucht man ein Planfeststellungs-Verfahren mit einem Planfeststellungs-Beschluss und das ist Aufgabe des Landesbetriebes für Straßenwesen", erklärt die Ortsvorsteherin.

Doch das Land schiebe die Verantwortung trotzdem den Kommunen zu. Heidi Scheidt hat keine Geduld mehr. "Ich fordere, dass das endlich angeschoben wird und diese Verweigerungshaltung und diese Ausreden aufgegeben werden. Es muss endlich etwas getan werden, und das zügig."

Deshalb wolle sie mit einer Fahrraddemonstration am Wochenende entlang der Strecke auf das Problem aufmerksam machen. Ob das für mehr Bewegung führt, bleibt aber abzuwarten.

Sendung: Antenne Brandenburg, 29.10.2021, 15:40 Uhr

Mit Material von Anna Bayer